



LANDESVORSTAND

Herbst 2005: „Sparhans“ bei der Polizei ist angesagt!

Ein Beitrag von Hugo Müller

Die seit 1999 CDU-geführte Landesregierung hat bis zum Jahre 2004 die wichtigen Wahlversprechen im Bereich Polizei eingehalten. Das war und ist gut und verdient auch im Rückblick Lob und Anerkennung. Trotz der Bekundungen politisch Verantwortlicher, die Polizei werde auch weiterhin im Wesentlichen von Sparvorhaben ausgenommen und Innere Sicherheit habe auch in der jetzt noch jungen Legislaturperiode Vorfahrt, müssen wir uns in der saarländischen Polizei im Herbst 2005, gerade mal ein knappes Jahr nach der Landtagswahl 2004, ernste Sorgen über den neu eingeschlagenen Kurs machen. Dies soll an drei Beispielen konkret beschrieben werden.

Quantitative Personalentwicklung

Alle Insider wissen, dass – nach dem heftigen Stellen- und Personalabbau in den 90er Jahren – die saarländische Polizei ein Niveau von derzeit mindestens 85 Neueinstellungen benötigt. Wir erinnern uns etwa nur zu gut an die Aussagen im Rahmen der Neuorganisation 2000/2001, als immer wieder beteuert wurde, dass die definierte Neustruktur der Polizei einen Personalbedarf von 2900 Polizeibeamtinnen und -beamten in der Operative erforderlich macht. Das Erreichen die-

ser Zielzahl von 2900 wurde aufgrund der Neueinstellungen und Übernahmen von anderen Bundesländern als relativ schnell erreichbar präsentiert. Erste Zweifel wurden im Weiteren schon bald offenkundig, so dass eine AG Personaleinsatz beauftragt wurde, mit dem Wundermittel des flexiblen Personaleinsatzes die Probleme zu beseitigen, die personalplanerisch überall herrschten. Im Ergebnis stellte schließlich besagte AG fest, dass im Jahre 2005 ein Bestand von 2743, und im Jahre 2009 erst ein Bestand von 2894 Vollzugskräften erreicht werden könne, wenn weiterhin mindestens 85 Neueinstellungen erfolgen und die Zahl der vor-

zeitigen Ruhestandsversetzung jährlich bei höchstens 10 liegt. Abgesehen davon, dass damit klar wurde, dass der mit der in 2001 geschaffenen Struktur verbundene Personalbedarf von 2900 erst im Jahr 2009 als erreichbar definiert wurde, war aber auch evident, dass eine niedrigere Einstellungsquote und/oder eine höhere Zahl von „Ausfällen“ die bisherigen Berechnungen massiv beeinträchtigen würden. Daher empfanden wir es in der Polizei wie in der GdP als wichtiges und klares Signal, dass im Rahmen des GdP-Sicherstestes vor den Landtagswahlen 2004 der saarländische CDU-Vorsitzende und Ministerpräsident Peter Müller die „Beibehaltung der derzeitigen Einstellungspraxis von jährlich 85 Neueinstellungen“ in Aussicht stellte. Mit der mittlerweile realisierten Entscheidung, nur 60 neue Anwärter einzustellen, bleibt man deutlich hinter der selbst gesetzten Zielmarke zurück. Es war insofern nur folgerichtig, dass auch in den Medien der Anlass der Vereidigung dieser 60 neuen KollegInnen genutzt werden musste, um auf diesen klaren Widerspruch hinzuweisen.

Dass just in diesem Zeitraum ein Auftrag zur „Evaluierung der Neuorganisation“ erteilt wird (wir berichten in diesem Heft ausführlich), ist daher aus unserer Sicht kein Zufall, sondern eine



Hugo Müller

Foto: GdP

logische Konsequenz aus der Selbsterkenntnis, dass man sich mit reduzierten Einstellungszahlen von der notwendigen Personalzahl von 2900 bereits verabschiedet hat.

Beförderungen

Auch in diesem Zusammenhang lohnt sich zunächst ein Blick in den bereits erwähnten GdP-Sicherstest 2004. Zitat Peter Müller: „Nach derzeitigem Stand ist bei gleich bleibendem Beförderungsbudget damit zu rechnen, dass bis zum Jahr 2008 die zweigeteilte Laufbahn in der saarländischen Vollzugspolizei realisiert sein wird. Die wichtigste Ressource der saarländischen Vollzugspolizei sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. ... die Schaffung und Beibehaltung angemessener Beförderungsperspektiven gewährleisten auch künftig eine hohe Mitarbeitermotivation.“

Nach diesen klaren Botschaften durften die saarländischen Polizeibeamtinnen und -beamten davon ausgehen, dass das ihnen bislang zugeordnete jährliche Beförderungsbudget von rund 700 000,- € auch weiterhin zur Verfügung steht. Daher war es bereits im Frühjahr 2005 nur noch schwer nachvollziehbar, dass

Fortsetzung auf Seite 2



Vereidigungsfeier in St. Ingbert: v. l. Lena Graf, Sascha Ernst, Carmen Eckert

Foto: D. S.

Fortsetzung von Seite 1

plötzlich, wenige Wochen nach Beginn der neuen Legislaturperiode, das alles nicht mehr wahr sein sollte. Aufgrund der Spar-

budget bereitgestellt werden. Zusatzbeträge bis hin zu den letztjährigen Größenordnungen seien nicht mehr nutzbar. Insofern müsse im April vorsichtig geplant werden, das „Frühjahrsbudget“

Beförderung nach Bes.Gr.	Gesamtzahl Oktober	Gesamtzahl Jahr
A 8	1	1
A9 m.D.	15	67
A 9 m.Z.	1	1
A 9 g.D. (prüfungsfrei)	22	105
A 10 prüfungsfrei aus A 9	19	23
aus A 9 m.AZ	2	29
A 9 g.D.(Fachhochschule)	0	12
A 10 (FHS)	16	45
A 11	8	21
A 12	5	14
A 13 g.D.	0	4

Beförderungstabelle: Stand 8. 9. 2005

zwänge einerseits und wegen nicht mehr vorhandener Reservepotenziale andererseits, könne im Jahre 2005 nur noch das bisherige „normale“ Beförderungs-

könne daher nur mit rund 320 000,- € angesetzt werden. Deutlicher GdP-Kritik begegneten die politischen Entscheidungsträger im Innenressort mit der Idee, man strebe auf jeden Fall für den Oktobertermin eine beachtliche Budgetgröße an, mit der man aufs ganze Jahr gerechnet doch die Grenze von 600 000,- € nach oben (!!) überschreiten könne, und sei da auch sehr optimistisch. Die mittlerweile bekannt gewordenen Ergebnisse dieser Bemühungen müssen aber enttäuschen und verärgern. Mit einer weiteren Budgetgröße von gerade mal rund 178 000,- € zum Oktober entwickelt sich das Jahresgesamtbudget 2005 auf rund 498 000,- € und bleibt damit sowohl gegenüber den letztjährigen Budgets als auch den im Frühjahr 2005 in Aussicht gestellten Größen weit zurück. Die zum 8. September 2005 bekannten Zahlen sind in beigefügter Übersicht dargestellt (und könnten durch weitere zwei prüfungsfreie Überleitungen zum höheren Dienst ergänzt werden). Dadurch werden zwangsläufig viele berechnete Hoffnungen unserer Kolleginnen und Kollegen enttäuscht. Betroffenheit, Verärgerung, Wut und Frustration, alles Stimmungen, die es in der Polizei eigentlich nicht mehr geben sollte, sind aber genau das, was unseren GdP- und Personalvertretern jetzt entgegengebracht wird. Und das angesichts der Faktenlage auch zu Recht.

Wie will man einem Obermeister, der überdurchschnittlich beurteilt ist und dem vom Ministerium im Frühjahr „versprochen“ wurde, er werde auf jeden Fall zum Oktober dabei sein, weil dann alle Zweier befördert werden, erklären, dass das Versprochene doch nicht geschieht. Und die berühmte Möhre, die man

den Landesbeschäftigten vereinbaren. Die mangelnde Bereitschaft, in Sachen „TVöD neu“ eine klare Perspektive zu zeigen, vor allem aber, die apodiktische Festlegung auf ein Sparvolumen von 30 Mio. € bereits in 2005 und den jeweiligen Folgejahren, führten sowohl bei den DGB-Gewerkschaften als auch beim Be-



„TVöD neu“ endlich übernehmen! Mit dieser klaren Botschaft demonstrierten auch GdP-Vertreter vor der Staatskanzlei. Foto: C. W

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die November-Ausgabe unseres Landesteils ist der 5. Oktober 2005.

Deutsche Polizei

Ausgabe:
Landesbezirk Saarland

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Dirk Schnubel (V.i. S. d. P.)
Örtlicher Personalrat beim PB Saarlouis
Alte-Brauerei-Straße 3
66740 Saarlouis
Telefon: (0 68 31) 9 01-1 39
E-Mail: dirk.schnubel@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29 vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6489

jetzt schon wieder wegnimmt, muss doch für Verbitterung sorgen. Die Aussicht (das Versprechen), dass es aber zum April 2006 funktionieren wird, und dann sogar die ersten „Dreier“ mitziehen, ist eigentlich kein echter Trost mehr.

Erklärt muss aber auch sein, dass die Abstimmungsprozesse zwischen Innenministerium und GdP/PHPR im Hinblick auf die Budgetverteilung und die angesetzten Auswahlkriterien in diesem Herbst frühzeitig, offen, fair und im Ergebnis auch akzeptabel verliefen. In der nächsten Ausgabe werden wir hierüber differenzierter berichten.

„Solidarpakt“, oder besser globale Minderausgabe

Wie schon mehrfach berichtet, wollte Ministerpräsident Müller gemeinsam mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Wege eines Solidarpaktes erhebliche Einsparvolumen bei

amtenbund zur Entscheidung, bei einem solchen Kahlschlag nicht mitzumachen.

Damit ist das Thema aber leider nicht vom Tisch. Bei der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2005 ist nämlich eine sog. „globale Minderausgabe“ von 30 Mio. € eingestellt, die jetzt auch in der Konsequenz zu unbedingten sozusagen selbst auferlegten Handlungs- bzw. Sparpflichten führt. Da sich das Jahr aber mittlerweile schon seinem Ende zu neigt, bleiben kaum mehr Alternativen. Es steht zu befürchten, dass das, was man bisweilen hinter vorgehaltener Hand schon hört, schlimme Realität wird. Dass nämlich beim Weihnachtsgeld heftig geschröpft wird. An der ein oder anderen Stelle werden bisweilen noch sehr leise Pauschalbeträge für alle Besoldungsgruppen von 800 bis 1000 € zuzüglich einer sog. Kinderkomponente genannt. Und auch da sollte nochmals der Blick in den GdP-Sicherheitstest in Erinnerung rufen, was vor gerade mal einem Jahr von Ministerpräsi-

LANDESVORSTAND

dent Müller hierzu gesagt wurde: „Zu den beschlossenen Einsparmaßnahmen ... sehen wir angesichts der äußerst schwierigen Situation der öffentlichen Haushalte und den damit verbundenen Sparzwängen derzeit keine Alternative. ... Eine weitere Absenkung der Beihilfe- und Versorgungsleistungen ist derzeit nicht geplant. Auf der anderen Seite lässt die Haushaltssituation des Landes nicht zu, in der Vergangenheit vorgenommene Kürzungen wieder rückgängig zu machen.“

Kurzes Fazit

Ich erspare mir an dieser Stelle ausschweifende Kommentare, der kritische Leser wird eh selbst wis-

sen, was er von diesem Treiben zu halten hat.

Eines will ich aber dann doch sagen: Wer feststellt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die wichtigste Ressource sind und ihre Motivation einen beachtlichen Wert hat, wer durch ein zeitlich begrenzt erhöhtes Beförderungsvolumen zunächst auch positive Signale setzt, dann aber letztlich die Beschäftigten mit einer Mehrfachverschlechterung der Beihilfe und der wahrscheinlichen brutalen Absenkung der Sonderzuwendung in vielleicht noch größerer Dimension belastet, der handelt ...

PS. Wahrscheinlich habe ich im Religionsunterricht doch nicht gut genug aufgepasst, und es heißt vielleicht doch richtig: Nehmen ist seliger denn geben!!

ARBEITSSCHUTZ

Bildschirmarbeitsplatzbrillen – ein Märchen!

Die Bildschirmarbeitsverordnung beschreibt in 13 Paragraphen den Umgang und die Ausgestaltung von Bildschirmarbeitsplätzen. § 11 beschreibt die Augenuntersuchung, § 12 die Beschaffung von erforderlichen Sehhilfen. Die Kostenerstattung zum Erwerb einer Bildschirmarbeitsplatzbrille wurde im Saarland durch Erlass des MfIFFS vom 18. Oktober 2004 neu geregelt, die Zuständigkeit auf die Polizeibehörden (LKA und LPD) übertragen. Mit Schreiben vom 18. April 2005 hat dazu die LPD die Verfahrensweise nochmals dargelegt.

Probleme bei der Umsetzung

Wie mir zwischenzeitlich von Kollegen berichtet wurde, gibt es bei der Umsetzung doch erhebliche Probleme. So suchte ein Kollege den betriebsärztlichen Dienst (BAD) auf. Nach der Untersuchung teilte der Betriebsarzt dann mit, dass er nicht weiterhelfen könne, der Kollege müsse einen Facharzt/Augenarzt aufsuchen. Dies geschah dann auch mit dem Ergebnis, dass der untersuchende Augenarzt eine Bildschirmarbeitsplatzbrille verordnete. Diese Verordnung/Rezept ging dann mit einer entsprechenden Sachverhaltsschilderung, aus der hervorgeht, dass der Kollege schon beim BAD war, an die LPD. Von dort bekam er dann die Nachricht, dass eine betriebsärztliche Bestätigung erforderlich sei!? Deftiger, gleichwohl verständlicher Kommentar des Kollegen: „Verar ... kann ich mich selbst.“

Ich selbst hab mich einer umfangreichen augenärztlichen Untersuchung gemäß § 11 Bildschirmarbeitsverordnung unterzogen mit dem Ergebnis, dass eine Bildschirmarbeitsplatzbrille verordnet wurde. Die Unterlagen wurden von mir (fälschlicherweise) an das Referat D3 über-

sandt. Nach zwei Monaten erhielt ich nach einer schriftlichen Sachstands-anfrage die Nachricht, dass meine Unterlagen zeitnah an den BAD übersandt wurden. Nach einem weiteren Monat erfuhr ich dann, dass die Unterlagen offenbar dort nicht angekommen sind!?

Zwischenzeitlich habe ich eine weitere, bei weitem nicht so umfangreiche Augenuntersuchung durch den BAD hinter mir. Bei der Gelegenheit konnte ich auch eine Kopie des Vorgangs persönlich überreichen. Eine Bildschirmarbeitsplatzbrille ist immer noch nicht verordnet – allerdings wurde mir ein neuer Weg aufgezeichnet. Ich könnte mir ja eine Lesebrille, z. B. bei der Firma Aldi besorgen und damit eine erneute augenärztliche Untersuchung beim BAD vornehmen lassen. Ganz davon abgesehen, dass in der Sendung „Plusminus“ solche Lesebrillen mit teilweise mangelhaftem Ergebnis getestet wurden: Eine solche Brille werde ich mir ganz sicher nicht zulegen!!

Fazit

Der Erlass vom 18. Oktober 2004 ist nach meiner Einschätzung zurzeit nicht das Papier wert, auf dem er geschrieben steht. Wenn man aus Kostengründen keine Bildschirmarbeitsplatzbrillen verordnet, sollte man das einfach, schlicht und ergreifend sagen. Die Botschaft, wir haben in diesem Bereich für den Arbeits- und Gesundheitsschutz kein Geld, wäre klar und verständlich. Keinesfalls sollte man die Kollegen aber unnötig durch die Gegend fahren lassen. Das verursacht nämlich auch Kosten – und strapaziert die Nerven!

Dirk Schnubel

PS

Wenn es im Land ähnliche Erfahrungen gibt, wäre die Redaktion an entsprechenden Informationen interessiert.

Weihnachtsgeld ade!?

Eine Modellrechnung von Carsten Baum

Beispielrechnung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen einer Weihnachtsgeld-Kürzung auf pauschal 1000 Euro (brutto) anhand angenommener „Musterbeamter“ in A 8 und A 11 (jeweils verheiratet, in Besoldungsstufe 10, zwei im Familienzuschlag berücksichtigungsfähige Kinder, Ehepartnerin nicht im ö. D.) auf den Grundlagen:

Besoldungstabelle (Stand: 1. 8. 2004 = letzte Einkommensanpassung) Saarländisches Sonderzahlungsgesetz (SZG), Amtsbl. 2004, S. 8

Berechnung Beamter A 8

66 Prozent des Grundbetrages (§3 SZG) von 2 466,15 Euro sind 1 627,66 Euro. Dazu werden addiert der Familienzuschlag, Stufe 2 = 190,29 Euro plus der Erhöhungsbetrag für das 2. Kind = 90,05 Euro plus der Sonderbetrag für Kinder gem. § 6 I SZG in Höhe von 25,56 Euro je Kind = 51,12 Euro. Dies ergab 2004 ein Weihnachtsgeld von 1 959,12 Euro/brutto. Bei einer Deckelung auf 1000 Euro bedeutet dies in der angenommenen Fallkonstellation für den Polizeiobermeister ein Minus von **959,12 Euro/brutto** beim Weihnachtsgeld 2005

Berechnung Beamter A 11

62 Prozent des Grundbetrages (§3 SZG) von 3 239,24 Euro sind 2008,33 Euro. Dazu werden, wie in dem vorherigen Beispiel, Familienzuschlag, Erhöhungsbetrag für das 2. Kind und Sonderbetrag für 2 Kinder addiert, so dass 2004 der Polizeihauptkommissar ein Weihnachtsgeld von 2 344,83 Euro erhielt. Für ihn würde die Kürzung auf 1000 Euro ein Minus von **1 344,83 Euro/brutto** beim Weihnachtsgeld 2005 bedeuten.

Da wird das Christkind 2005 möglicherweise „kleinere Brötchen“ backen müssen. Was dies für den Einzelhandel, was dies für die so genannte Binnenkonjunktur bedeutet, muss jedem verantwortungsvollen Politiker klar sein. Auch an diesem Thema werden wir mit unserem Fachmann für Besoldungsfragen Carsten Baum „dranbleiben“!

Neues Info-Faltblatt erschienen!

„In seinem neuen Flyer informiert der Verein zur Förderung der Polizeiseelsorge über Aufgaben und Ziele. Darin wird deutlich, sein Einsatz gilt einer guten Sache. Mitmachen lohnt sich also. Selbstverständlich ist die GdP als Mitglied dabei und durch den stv. Landesvorsitzenden Reinhold Schmitt im Vorstand vertreten.“



Polizeiseelsorge im Saarland e.V.
Förderverein



Der unten abgebildete Polizeibär wird zu Gunsten des Vereins bei der Geschäftsstelle verkauft.



Preis 14 Euro

Geschäftsstelle
und Verkauf

Rubensstraße 40
66119 Saarbrücken
Tel.: 06 819 62 44 10
E-Mail: ABT-BF@land.slpol.de

Der Gesamterlös dient der Finanzierung der als gemeinnützig anerkannten Arbeit des Vereins zur seelsorgerischen Betreuung von den Beschäftigten der saarländischen Polizei und ihren Angehörigen.

Aufgaben und Zielsetzung:

Der Verein hat klar definierte Aufgaben:

- Verwirklichung der Ausbildung der Saarländischen Polizei im Fach Berufsethik
- Aufarbeitung besonderer beruflicher Belastungen der Polizeibeamteten und Beamten
- Seelsorgerische Betreuung der Saarländischen Polizeibedienteten und deren Angehörigen nach belastenden Einsätzen und Gewalttaten
- Beitrag zur Kriminalprävention und Korruptionsbekämpfung

Wir sind wegen Förderung gemeinnütziger und mildtätigen Zwecken, nach dem uns zugegangenen vorläufigen Bescheid des Finanzamtes Saarbrücken, St.Nr. 040 /140 / 23661, vom 22.06.2004, als gemeinnützigen Zwecken dienend und zu den in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen gehörig anerkannt und zur Ausstellung von Spenderquittungen ermächtigt (Spenden sind steuerlich absetzbar).

Verein zur Förderung der Polizeiseelsorge im Saarland e.V.
66119 Saarbrücken · Rubensstraße 40
Bankverbindung:
Sparkasse Saarbrücken (BLZ 590 501 01) Kto. Nr. 693408
Sparda-Bank Südwest (BLZ 550 905 00) Kto. Nr. 4041208

POLIZEISEELSORGE



Erster Polizeihauptkommissar Roland Hoffmann (Mitte) im Gespräch mit Beamtinnen und Beamten, sowie mit Polizeipfarrin Christine Umath (rechts) und Landespolizeileitenden Dr. Rolf Dillschneider (links) im Gelände der Bereitschaftspolizei des Saarlandes in Saarbrücken.

POLIZEISEELSORGE im Saarland

POLIZEISEELSORGE im Saarland

POLIZEISEELSORGE ...

Was ist das?

Durch die Arbeit der Polizeiseelsorgerinnen und -seelsorger wird einmal mehr gezeigt, dass „die Polizei“ keine anonyme Masse ist, sondern aus vielen Einzelpersonen besteht: Männern und Frauen, aus Menschen mit ihrer je eigenen Geschichte und Herkunft, auch mit je eigenen Bedürfnissen und Sehnsüchten. Doch keiner lebt und arbeitet für sich allein.

Im Arbeitsalltag kommen die Beamtinnen und Beamten mit vielen Schicksalen in Berührung, die sie nicht einfach kalt lassen. Oft sind es grausame Ereignisse, emotionsgeladene Begegnungen und nicht selten auch gefährliche Einsätze. Bei aller Professionalität darf aber der konkrete Mensch nicht aus dem Blickfeld geraten: So ist es wichtig und gut, dass es Polizeiseelsorgerinnen und -seelsorger in guter ökumenischer Zusammenarbeit gibt, die diese Erlebnisse reflektieren helfen. Auf christlicher Wertbasis ermöglichen sie einen Einsatz, der den ganzen Menschen im Blick hat und nicht nach „Fällen“ oder „Einsätzen“ kategorisiert.

Text: Karl Kardinal Lehmann



Christine Unrath
Polizeipfarrerin
Evangelische Polizeiseelsorge
im Saarland

Leitersweiler
Buchwaldstraße 41 • 66606 St. Wendel
Telefon und Fax 068 51 / 93 97 55
Mobil 01 79 / 670 79 27
E-Mail: Christineunrath@aol.com



Dr. Rolf Diltschneider
Landespolizeidekan Saarland
Bischöflicher Beauftragter
für die Polizeiseelsorge
im Bistum Trier

Landsweiler
Zum Hangenberg 3 • 66822 Lebach
Telefon: 068 81 / 93 64 53 / 54 • Fax: 068 81 / 93 64 55
Mobil: 01 71 / 549 32 75
E-Mail: rolf.diltschneider@t-online.de

Begleitung

- Besuche auf den Wachen und Dienststellen
- Begleitung einzelner Dienstgruppen im Einsatz
- Begleitung bei Großlagen und Großeinsätzen
- Hilfe beim Überbringen von Todesnachrichten
- Zeitnahe Gespräche nach belastenden Einsätzen
- Hilfe in beruflichen und privaten Krisen- und Stresssituationen
- Vermittlung von weiterführenden Hilfen
- Mitarbeit im Betreuungsteam nach schwerstbelastenden Einsätzen

Beratung

- In dienstlichen Problemen
- In persönlichen Fragen
- In Fragen des Glaubens
- Supervision und Coaching

gemeinsam unterwegs

gemeinsam unterwegs

- Studienfahrten in die Toscana und nach Rom
- Meditative Wanderungen

Aus- und Fortbildung

Aus- und Fortbildung

- Berufsethischer Unterricht für die Kommissarsanwärterinnen und Anwärter innerhalb des Studiums an der Fachhochschule
- Erfahrungsaustausch zum Berufsalltag in Einzel- und Gruppengesprächen innerhalb der Dienstgruppentage
- Einführungsseminare für die Studienanfänger
- Projekttag zum Thema „Umgang mit Belastungen nach schwerwiegenden polizeilichen Einsätzen“
- Projektwoche zum Thema „Wahrnehmung und Erfahrung von Belastungen in anderen Arbeitsbereichen, z.B. in Krankenhäusern, Altenheimen“
- Seminare zu besonderen Themen

gemeinsames Feiern

gemeinsames Feiern

- Gottesdienste zu besonderen Anlässen
- Oasentage

Unsere Kreisgruppen berichten

Merzig-Wadern

Runder Geburtstag

Am 4. Juli vollendete unser langjähriges Gewerkschaftsmitglied Willi Klass seinen 60. Geburtstag. Willi wurde 1963 bei der



V. l.: Wolfgang Osswald, Willi Klass
Foto: GdP

saarländischen Polizei eingestellt. Neben einer Vielzahl anderer Dienststellen (MDI, VA Völklingen, Prev Völklingen, PP Püttlingen) war er zuletzt bis 1992 beim Prev Merzig beschäftigt. Aufgrund einer schweren Erkrankung wurde er 1993 in den Ruhestand versetzt.

Mit unseren Glückwünschen zu seinem Geburtstag verbinden wir den Wunsch, Willi Klass noch lange und bei bester Gesundheit in unseren Reihen begrüßen zu können. **W. O.**

Saarlouis

Geburtstag

Am 19. August konnte unser GdP-Kollege Helmut Flämning bei guter Gesundheit seinen 85. Geburtstag feiern. Der Jubilar ist immer noch in der DLRG Ortsgruppe Siersburg in der Jugendarbeit aktiv. Wir wünschen auch von dieser Stelle nochmals ALLES GUTE, vor allem Gesundheit. **D. S.**

Landespolizeidirektion

Seniorentreffen

Am 19. Juli 2005 fand ab 14.00 Uhr das diesjährige Seniorentreffen der KG Landespolizei-



V. l.: Uwe de Buhr, Karlheinz Berhard, Bruno Leinenbach
Foto: F. D.

direktion im Naturfreundehaus Kirschheck statt. Unter Federführung von Karlheinz Berhard wurde auch in diesem Jahr wieder eine Grillparty organisiert. Das Treffen fand große Resonanz, so dass trotz mitunter frischem Wind fast 40 Kolleginnen und Kollegen mit Partner bzw. Partnerin begrüßt werden konnten. Nach Begrüßung durch unseren Vorsitzenden Uwe de Buhr wurde sofort der Schwenker in Betrieb gesetzt, um die aus unserer Kantine besorgten Schwenker und Würstchen zuzubereiten. Die „Schwengameischda“ Uwe und Frank legten sofort mit Hilfe

von Zang un Gawel die Köstlichkeiten auf. Die leckeren Salate mit den Grillsachen waren dann für eine Steigerung der ohnehin schon vorhandenen guten Stimmung verantwortlich. Nach dem Essen wurde der ehemalige „Chef“ unserer Senioren, Karlheinz Berhard, von Uwe de Buhr für seine langjährige Tätigkeit geehrt. Sein Amt übernahm im Juni beim Landesseniorentag der Kollege Berthold Reiter. Auch in diesem Jahr nahmen die Teilnehmer gerne die Möglichkeit wahr, sich nach langer Zeit wieder zu sehen und über alte Zeiten zu sprechen. Aber auch aktu-



Seniorenvertreter G. Backes, H. Flämning, umrahmt von Tochter und Ehefrau
Foto: D.S.

elle Entwicklungen in der Polizei waren Gegenstand der Gespräche. Ein wesentlicher Zweck des Grillfestes „Alte Bekannte“ und Kollegen aus der Polizei in einem lockeren Rahmen wiederzusehen wurde voll erreicht. So verblieben noch einige im Anschluss in der Gaststube des Naturfreundehauses, das uns eine freundliche Begegnungsstätte bot.

Frank Dell

LKA

Ortwin Jeblick im Ruhestand

Mit Ablauf des Monats Juli 2005 trat unser GdP-Kollege Ortwin Jeblick in die Freistellungsphase der Altersteilzeit ein. Dies war Grund genug, sich im Rah-



KD Ortwin Jeblick
Foto: A. H.

men einer kleinen Feierstunde von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und langjährigen Weggefährten zu verabschieden. Kriminaldirektor Jeblick hat sicherlich wie kein anderer in der saarländischen Polizei die Entwicklung und Ausgestaltung der EDV maßgeblich gestaltet und beeinflusst. Der Leiter des LKA Harald Weiland würdigte den Kollegen Jeblick als besonnenen, loyalen, pflichtbewussten und fleißigen Mitarbeiter. Er habe auch seine Fähigkeit zum strategischen Denken sehr geschätzt, so der LKA-Leiter. Außerdem so Harald Weiland, habe er immer die Geduld im Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

KREISGRUPPEN

des Ruheständlers für vorbildlich erachtet. Ortwin Jeblick wird sich aber nicht zur Ruhe setzen. Er hat schon vor vielen Jahren seine Liebe für „ganzheitliche Therapien“ entdeckt und übt schon seit 1997 eine Nebentätigkeit in der Ortho-Bionomy aus. Diese Therapieform ermöglicht dem Körper, muskuläre Verspannungen, Bewegungseinschränkungen der Gelenke und Fehlhaltungen zu erkennen und loszulassen. Wir wünschen unserem

GdP-Kollegen alles erdenklich Gute, Kraft und Gesundheit und sehr viel Erfolg in seinem neuen Tätigkeitsfeld. **D. S.**

Neuer Leiter LKA 2

Mit Wirkung vom 14. Juli 2005 wurde Herrn KOR Michael Kraemer die Leitung der Abteilung LKA 2 IuK übertragen. Wir wünschen Herrn Kraemer für die schwierige und gleichsam für die gesamte saarländische Polizei sehr wichtige Aufgabe alles Gute. **D. S.**

POLIZEIORGANISATION

AG „Polizei 2000plus“ aktiviert

Von Dirk Schnubel

Seit dem 5. 8. 2005 ist es nun durch die Bekanntgabe auch an die Gewerkschaften offiziell. Die „AG Polizei 2000plus“ hat ihre Arbeit wieder aufgenommen. Vor dem Hintergrund geänderter Rahmenbedingungen, auf die ich nachfolgend noch eingehen werde, soll die Arbeitsgruppe die derzeitige Aufbau- und Ablauforganisation bewerten und beurteilen (evaluieren). Das Ergebnis soll der Innenministerin bis zum 31. 12. 2005 vorgelegt werden.

Erste Duftmarken

Sowohl in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Peter Müller am 3. 11. 2004 als auch bei einer Gesprächsrunde des GLV mit der CDU-Fraktion im Frühjahr und letztlich bei einem Treffen mit Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, Staatssekretär Gerhard Müllenbach und der GdP-Spitze im Juli 2005 wurden erste Botschaften ausgesandt. Diese waren, wenn auch „politisch“ formuliert, gleichwohl eindeutig zu interpretieren. Aufgrund der seit 2001 geänderten Rahmenbedingungen, insbesondere der sich immer dramatischer entwickelnden Haushaltssituation, werden zukünftig keine 85 Polizeianwärterinnen und -anwärter mehr eingestellt werden können. Dies bedeutet, dass die Zielzahl 2900

nicht wird erreicht werden können und dies wiederum bedeutet, dass die Polizeiorganisation insgesamt auf den Prüfstand gestellt werden muss.

Gründe

Die AG 2000plus ging seinerzeit davon aus, dass die jetzige Polizeiorganisation 2900 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte braucht, um sachgerecht die gestellten Aufgaben erledigen zu können. In diesem Zusammenhang galt es, eine „politische Vorgabe“, nämlich die Verstärkung der kriminalpolizeilichen Präsenz in der Fläche, zu erfüllen. Dieser politischen Rahmenbedingung kam man durch Einrichtung und Personalisierung der KPI folgerichtig nach. Im weiteren Verlauf zeigte sich dann aber, dass der notwendige Personalaufbau in

den Polizeibezirken quasi auf der Stelle trat. In der Summe kam es zwischen 2001 und 2005 hier sogar zu einem Personalabbau von 20 Polizeivollzugsbeamten/-innen (2001 – 1704, 2005 – 1684, siehe GdP-Flugblatt vom 20. 6. 2005). Welch dramatische Auswirkungen dies in den einzelnen Dienststellen hat, werden wir in einer der nächsten Ausgaben der DP versuchen darzustellen.

Seit dem 30. 8. 2005, dem Tag der Vereidigung ist für jeden klar, dass 2005 anstelle der in der Regierungserklärung vom 3. 11. 2004 avisierten 85 Neueinstellungen nur 60 Anwärterinnen und Anwärter eingestellt wurden. Als Grund hierfür wird u. a. die katastrophale Haushaltssituation des Landes genannt. Damit rückt die Zielzahl 2900, die sowieso unter

günstigsten Rahmenbedingungen erst im Jahr 2009 erreicht worden wäre, in immer weitere Ferne.

AG Personaleinsatzplanung

Auf 242 Seiten hat die Mannschaft um Harald Jenal akribisch aufgeschlüsselt, wie die Personalentwicklung bis zum Jahr 2012 aussehen könnte und welche Schlüsse für den Personaleinsatz daraus zu ziehen sind. Bei ihren Berechnungen ging die AG Personaleinsatz von folgenden Rahmenbedingungen aus:

Jährliche Neueinstellungen in einer Größenordnung von 85

Fortsetzung auf Seite 8

Anzeige PSW



Ab 5 % Zuschuss für GdP-Mitglieder

Jetzt Wellness- oder Aktiv-Paket inklusive

TUI Aktiv Specials

Sonne, Strand und viele Extras

Lanzarote Playa Blanca
Bungalows Rio Playa Blanca ****
Inklusive Ausflug "Markt in Tegufe und Kaktusgarten"
im Reisezeitraum 29.11.-18.12.05
Bungalow mit Halbpension
1 Woche mit Flug pro Person
ACE 23019, BBP A H3, PM: CA, PA: F37

ab € 449

Ägypten El Quseir
Akassia Swiss Resort ****
Inklusive 1x Sauna, Dampfbad und Jacuzzi pro Aufenthalt
im Reisezeitraum 28.11.-15.12.05 und 02.01.-29.01.06
Doppelzimmer, all inclusive
1 Woche mit Flug pro Person
HRG/RMF 14024, DA Z V2, PM: NA, PA: F37

ab € 464

RIU Teneriffa Costa Adeje
Hotel Riu Palace Tenerife ****
Inklusive Ausflug "TUI Spezial"
im Reisezeitraum 28.11.-17.12.05
Grandlitzimmer mit Frühstück
1 Woche mit Flug pro Person
TFS 31030, GBJ G2, PM: CA, PA: F37

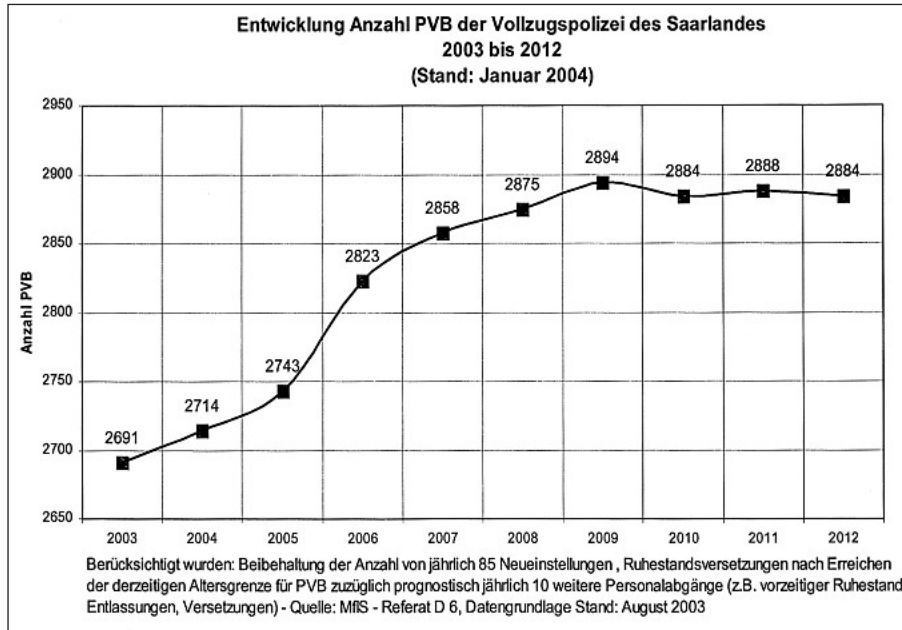
ab € 639

RIU Gran Canaria Maspalomas
Hotel Riu Grand Palace Maspalomas Oasis ****
Inklusive Halbtagesausflug "Las Palmas" Shopping
im Reisezeitraum 28.11.-18.12.05
Doppelzimmer mit Frühstück
1 Woche mit Flug pro Person
LPA 41007, DBJL G2, PM: CA, PA: F37

ab € 799

0681-84 12 40 Fax: 0681-84 12 424

Fortsetzung von Seite 7



Grafik „Personalentwicklung“ 2003 bis 2012 der AG Personaleinsatz

Reguläre Ruhestandsversetzungen + 10 weitere Personalabgänge durch vorzeitigen Ruhestand, Entlassungen, Versetzungen pp. (siehe auch Grafik).

Wie schnelllebig unsere Zeit ist und welche Halbwertszeit politische Aussagen (Regierungserklärung 3.11.2004) haben, erkennen wir jetzt. Der Abschlussbericht der AG datiert vom 30. 3. 2004. Knapp ein Jahr später müssen wir enttäuscht feststellen, dass sich die „politische Rahmenbedingung“ Neueinstellungen um 30 Prozent verkleinert hat. Auch die vorzeitigen Beendigungen (Ruhestand, Entlassungen pp.) waren mit nur 10 pro Jahr sehr optimistisch gerechnet. Wie sich die Zahlen in diesem Bereich tatsächlich entwickelten, ist aus der Grafik 2 zu ersehen. Hieraus ist auch zu entnehmen, dass die „sonstigen Beendigungen“ deut-

lich höher lagen als die „regulären Ruhestandsversetzungen“ (188 zu 237).

Auswirkungen

Mit der Personalzuteilung 1. 10. 2005 werden einige Bezirke in die Lage versetzt, von einer „Schnappatmung“ in ein Hecheln zu verfallen. Richtig durchatmen wird niemand können. Insofern werden wir das Ziel, die polizeiliche Präsenz in der Fläche so zu erhöhen, dass ein vernünftiges, mitarbeiterorientiertes Arbeiten ermöglicht wird, nur schwer erreichen.

Um die derzeitige Situation zu ändern gibt es verschiedene Lösungsansätze.

Ob die angedachten **Flexibilisierungsmaßnahmen** tatsächlich zielführend sind, bleibt abzuwarten.

Jahr	Ruhestand	sonst. Beendigung	Summe
1999	30	19	49
2000	29	44	73
2001	33	41	74
2002	28	63	91
2003	33	42	75
2004	35	28	63
Summe	188	237	425

Quelle : Drucksache 13/287, Landtag des Saarlandes, 13. Wahlperiode

Grafik 2, Ruhestandsversetzungen u. sonstige Beendigungen 1999–2004

Ob die **Leitstelle** tatsächlich die Einsatzzeiten und die Präsenz der Polizei verbessern kann, wird man sehen. Mit der Konzeption werden wir uns zu gegebener Zeit befassen.

Die AG 2000 plus hat bis Ende des Jahres Zeit, der Innenministerin das Ergebnis der Überprüfung der **Aufbau- und Ablauforganisation** vorzulegen.

Auf das Ergebnis sind auch wir gespannt.

Fazit

Letztlich wird die Politik nicht umhin kommen zu definieren, was denn eine „Verstärkung der polizeilichen Präsenz in der

Fläche“ bedeutet und mit wie vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mit wie vielen (rund um die Uhr) Dienststellen dies zu bewerkstelligen ist, d. h. die Politik wird eine neue Zielzahl definieren müssen. Hierbei die demografische Entwicklung nach dem Motto, „je weniger Einwohner, je weniger Polizei brauche ich“, heranzuziehen halte ich für gefährlich und nicht sachgerecht. In diesem Zusammenhang wird die Politik auch festlegen müssen, wie viel Geld ihr die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger wert ist. Dies nicht nur im Hinblick auf mögliche terroristische Bedrohungen im Nachgang des 11. September, sondern auch im Hinblick auf die alltäglichen Gefährdungs- und Bedrohungslagen (Einbrüche, Überfälle, Vandalismus, Schmierereien, Sachbeschädigungen, Pöbeleien, Körperverletzungen, Verkehrsgefahren u. v. m.), denen die Bewohner dieses Landes ausgesetzt sind.

Erfreulich zu hören war auf der Verteidigungsfeier in St. Ingbert, dass sich die Innenministerin dieser Verantwortung stellen wird.

Wir als GdP-ler werden uns wie immer konstruktiv kritisch im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen einbringen.

Personalchef wurde 50!

Sichtlich groß war die Freude auf beiden Seiten, als der GdP-Landesvorsitzende Hugo Müller dem Leiter des Referates D 6 im MfIFFS, Wolfgang Klein, anlässlich seines 50. Geburtstages die Glückwünsche der GdP und des Polizeihauptpersonalrates überbrachte. Dabei kam auch zum Ausdruck, dass Wolfgang Klein ein stets angenehmer Gesprächs- und vor allem fairer und verlässlicher Verhandlungspartner für Berufs- und Personalvertretungen ist. Daher gab es ein Dankeschön für die bisherige vertrauensvolle Zusammenarbeit, verbunden mit den besten Wünschen für die Zukunft, auch und insbesondere bezogen auf Gesundheit und berufliche Entwicklung! **R. S.**



Hugo Müller gratuliert Wolfgang Klein zum 50. Geburtstag.

Foto: E. B.